

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

68. Sitzung
4. März 2021

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 18.37 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass sich **Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) für die Ausschusssitzung aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Senats entschuldigen lässt.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Katja Suding am 19. Februar 2021 mitgeteilt, dass bis zum 31. Dezember 2020 3,644 Millionen Euro – das sind 1,3 Prozent der für Berlin vorgesehenen Mittel – aus dem Digitalpakt Schule und der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung ‚Administration‘ für Berlin abgeflossen sind. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um den Mittelabfluss nach der Vereinfachung der Prozesse und erweiterter Zuständigkeit der Länder im November 2020 zu beschleunigen?“
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) nimmt die Frage von **Paul Fresdorf** (FDP) zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass zwischen den Bundesmittelabrufen und den Mittelabrufen, die Berlin bereits tätigen könnte, aus „einem guten Grund“ aber nicht tätige, unterschieden werden müsse. Der Abruf der Bundesmittel aus dem Digitalpakt Schule sei nicht mit

der realen Auslastung der Mittel gleichzusetzen. Laut der Verwaltungsvereinbarung sei die benannte Stelle eines Bundeslands nur dann zum Abruf von Bundesmitteln berechtigt, wenn bereits Rechnungen für die Fördermaßnahmen vorlägen. Bei einem vorzeitigen Mittelabruf sei das Bundesland zu Zinszahlungen verpflichtet. Um kleinteilige Mittelabrufe zu vermeiden, gehe Berlin zunächst erheblich in Vorleistung und rufe anschließend die Bundesmittel in größeren Tranchen ab. Die Mittelauslastung beim Digitalpakt liege zurzeit bei rund 66,6 Millionen Euro.

Paul Fresdorf (FDP) möchte wissen, ob SenBildJugFam voraussehe, wann die Mittel für Berlin ausgeschöpft seien.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) hält fest, dass Berlin für die Mittelabrufe vom Bund verschiedene Fristen erhalte. Die Mittel müssten innerhalb dieses Jahres gebunden sein. Zu den Maßnahmen für die Infrastruktur sei zu sagen, dass sie einen langen Vorlauf erforderten, sodass dort mit keinem konstanten Mittelabfluss, sondern mit einer Bündelung zu rechnen sei. SenBildJugFam gehe zurzeit davon aus, dass die verfügbaren Mittel in Höhe von 257 Millionen Euro für eine Ausfinanzierung aller Infrastrukturmaßnahmen nicht ausreichen.

2. „Mit welcher Anzahl an Rückstellungen nach § 42 (3) SchulG rechnet der Senat und welche Auswirkungen wird dies auf die vorhandenen Kapazitäten in der Kindertagesbetreuung haben?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) antwortet der Abg. **Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE), dass SenBildJugFam die Zahl der Rückstellungen im September – im Rahmen der Schnellabfrage – erhalte. Die Rückstellungsanträge in diesem Jahr seien aber bereits gestellt und lägen den Schulämtern vor. Im Schuljahr 2020/21 habe die Quote der zurückgestellten Kinder bei 12,8 Prozent und im Schuljahr 2019/20 bei 11,7 Prozent gelegen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt nach, ob es in diesem Jahr nicht sinnvoll wäre, die Daten früher als im September abzufragen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) betont, dass SenBildJugFam mit den Planungen vor dem Vorliegen der realen Zahlen beginne. Die Anzahl der 6- bis unter 7-Jährigen, die in den Kitas verblieben – Rückstellungen eingeschlossen –, liege bei 30 Prozent. Der Bedarf der nachwachsenden Kinder sei größer als die Zahl der Kinder, die zur Schule übergängen. Dieser Druck laste auf den Kitas. Für die Planungen des Schul- bzw. des Kitajahrs 2021/22 würden die Zahlen aus den Vorjahren herangezogen, die auch in der Vorlage zum neuen Kitaentwicklungsplan ausgewiesen seien.

Thorsten Weiß (AfD) erkundigt sich nach dem Informationsstand des Senats zu der verabredeten Massenschlägerei zwischen Kindern und Jugendlichen am Alexanderplatz am vergangenen Dienstag. Würden daraus Konsequenzen gezogen?

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner bittet den Abg. Weiß (AfD), einen Zusammenhang seiner Frage zum Thema Bildung herzustellen.

Thorsten Weiß (AfD) verweist darauf, dass es sich um Kinder und Jugendliche handle und der Jugendnotdienst eingeschaltet worden sei.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, dass SenBildJugFam keine detaillierten Informationen über den Vorfall habe. Es bliebe abzuwarten, ob sich in der Nacharbeit der Bedarf eines Notdiensts, einer Elternberatung, Elternbetreuung o. Ä. herausstelle. Zunächst sei es die Aufgabe der Polizei, den strafrechtlichen Tatbestand zu ermitteln.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Entfällt.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt die Behandlung des TOPs für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) kündigt an, dass der Senat den Beschlüssen der MPK folge, eine Änderung der Infektionsschutzverordnung vorzunehmen. Der Senat habe sich darauf verständigt, eine eingeschränkte Öffnung der Kitas ab dem 9. März vorzunehmen. Diese solle heute in die Infektionsschutzverordnung aufgenommen werden. Die eingeschränkte Öffnung unter Pandemiebedingungen bedeute, dass weiterhin keine Garantie auf einen Ganztagsplatz bestehe, aber allen Eltern der Zugang in die Tagesbetreuung gewährt werde. Der Anspruch werde nicht länger über die KRITIS-Liste geregelt. Die Betreuung finde möglichst in stabilen Gruppen statt. Die Eltern seien weiterhin aufgefordert, nur den notwendigen Betreuungsbedarf in der Kita abzudecken und – wenn möglich – entweder andere Betreuungsmöglichkeiten zu nutzen oder die Kinder zu Hause zu behalten.

Die Öffnung der Kitas werde durch ein Testangebot an die Beschäftigten – zwei Tests pro Woche pro Person – flankiert. Bisher seien noch keine Selbsttests möglich, weil die bisher gelieferten Tests dafür keine Zulassung hätten. Diese werde aber in Kürze erwartet. Seit zwei Wochen würden Schulungen durchgeführt, in denen das Personal in den Einrichtungen angeleitet werde, die Kolleginnen und Kollegen zu testen.

Das Impfen der Beschäftigten befinde sich ebenfalls in der Vorbereitung. SenBildJugFam arbeite „mit Hochdruck“ daran, das Verfahren so schlank wie möglich zu gestalten und gleichzeitig das personenbezogene Registrieren der zu Impfenden im Blick zu behalten. Der große Bereich von Schule und Kita erfordere einen Personenbezug, jedoch müsse noch geklärt werden, wie die Daten aus dem ISBJ-System mit dem Anmeldecode, der von SenGPG für den Termin in einem Impfzentrum herausgegeben werde, kompatibel gemacht werden könnten. Die Situation werde sich entspannen, wenn – wie angedacht – ab Anfang April die Hausärzte impfen dürften.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass an den Berliner Schulen ebenfalls vorsichtige Öffnungsschritte eingeleitet würden – immer unter Berücksichtigung des aktuellen Infektionsgeschehens. Am 22. Februar sei an den Grundschulen mit den Klassen 1 bis 3 begonnen worden. Nach den Rückmeldungen der Schulaufsichten seien die ersten Wochen sehr gut gelaufen. Die Schulen seien vorrangig mit einem Tageswechselmodell gestartet, oder die Kinder würden individuell für ein bestimmtes Stundenkontingent in die Schulen geholt, um die Struktur eines Schulalltags wieder aufzubauen. Als besonders wichtig werde laut Rückmeldungen aus den Schulen der persönliche Kontakt zu Gleichaltrigen und zu den Lehrkräften angesehen.

Im nächsten Schritt stehe die Öffnung der Klassenstufen 4 bis 6 an – im Wechselunterricht, in festen Lerngruppen und halbierten Klassenstärke. Ebenso wie an den Kitas werde an den Schulen ein Schnelltestverfahren etabliert, das auf zwei Säulen aufgebaut sei. Das Schnelltestverfahren an sich, das vom Deutschen Roten Kreuz und anderen Hilfsorganisationen unterstützt werde, setze eine Schulung voraus; an rund 500 Schulen habe diese bereits stattgefunden. Da es noch keine Zulassung für die Selbsttests gebe, würden geschulte Lehrkräfte die Tests an ihren Kolleginnen und Kollegen durchführen. Zusätzlich sei für die Dauer vom 25. Februar bis zum 11. März eine Vereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung geschlossen worden, nach der sich Lehrkräfte mit den Tests, die an die Schulen geliefert würden, in einer der Arztpraxen, die sich dankenswerterweise dazu bereit erklärt hätten, testen lassen könnten. Die Kosten dafür übernehme das Land Berlin.

In einem ersten Schritt würden sämtliche Beschäftigten an Förderschulen geimpft. Morgen würden die ersten von insgesamt rund 6 000 Impfeinladungen verschickt; SenGPG habe die entsprechenden Codes dafür bereitgestellt.

SenBildJugFam erwarte Mitte März die Zulassung der bereits vorhandenen Selbsttests von Minden. Ab nächster Woche werde die Auslieferung der bereits zugelassenen Selbsttests von Siemens – jeweils 500 000 pro Woche – starten. Diese Selbsttests sollten vorwiegend an Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass an den Schulen eine Testdisziplin etabliert werde. Diese könne präventiv zum Gesundheitsschutz beitragen.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Selbsttests in der nächsten Woche an die Schülerschaft ausgereicht würden. – Sei es vorgesehen, dass das Testergebnis von den Schulen – analog zur Empfehlung der MPK, Testergebnisse grundsätzlich festzuhalten – bescheinigt werde?

Er erkundige sich, was der Senat hinsichtlich der Kinderkrankentage plane. Viele Eltern hätten die gewährten Kinderkrankentage zur Betreuung von Kindern, die nicht in die Schule oder in die Kita gingen, aufgebraucht. Gebe es Überlegungen des Senats, die Kinderkrankentage aufzustocken oder dem Vorschlag der FDP-Fraktion für ein Betreuungs- bzw. Bildungsgeld zu folgen?

Er habe gehört, dass SenFin für den Zeitraum, in dem das kostenlose Mittagessen an den Schulen nicht ausgereicht worden sei, Gelder von den Bezirken zurückgefordert habe. – Treffe dies zu? Falls ja, in welcher Höhe? Und welche Schäden entstünden den Bezirkshaushalten, sofern die Mittel bereits an Caterer ausgezahlt worden seien?

Katrin Seidel (LINKE) fragt nach der Umsetzung der Vereinbarung bezüglich Risikokindern und Risikobeschäftigten in Kitas, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten sei.

Roman Simon (CDU) hält fest, dass SenBildJugFam in der 28. Trägerinformation vom 24. Februar 2021 darüber informiert habe, dass ein Online-Abfragetool zur Bedarfsermittlung der Schnelltests programmiert werde. – Wann sei mit dem Einsatz dieses Tools zu rechnen? Werde die Abfrage über ein zusätzliches System oder über ISBJ zur Verfügung stehen?

Wie sehe die zeitliche Planung des Senats bezüglich des Impfens des pädagogischen Personals aus? – Wie lange werde die bestellte Menge an Schnelltests voraussichtlich reichen?

Stefanie Remlinger (GRÜNE) erkundigt sich, ob und wenn ja, bis wann SenBildJugFam analog zum ÖPNV das ausschließliche Tragen von medizinischen bzw. FFP2-Masken in den Schulen verordnen werde.

Sie begrüße es, dass der Senat den Berliner Schulen mobile LTE-Systeme als Überbrückungslösung zur Verfügung stelle. – Mit welchen Kosten hinsichtlich der Anschaffung und des Supports rechne der Senat? Wer kümmere sich um die Wartung der Geräte? Wann seien die Geräte in den Schulen einsatzbereit?

Wie sei der Stand hinsichtlich der Berufsorientierung? Wann kehrten die Berufsberater in die Jugendberufsagentur bzw. die BSO-Teams an die Schulen zurück? Seien persönliche Beratungstermine für Jugendliche – zumindest der Klassenstufe 10 – vor dem Sommer sichergestellt?

Inwieweit seien die Willkommensklassen in den Planungen berücksichtigt? Würden sie innerhalb der jeweiligen Klassenstufe miteinbezogen oder als besonders bedürftige Gruppe bei der Rückkehr in den Präsenz- bzw. Wechselunterricht bevorzugt behandelt?

Wann werde an den Berufsschulen der Präsenzunterricht wieder aufgenommen, und wie könne die duale Ausbildung abgesichert werden?

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob beim Testen die positiven Fälle erfasst würden. Gebe es dazu Erfahrungswerte aus der letzten Woche?

Es interessiere sie, ob den Schulen für die personelle Unterstützung beim Wechsel- und beim digitalen Unterricht, zum Beispiel durch Studierende, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Wie viele Geräte – Cubes – seien für den digitalen Unterricht bestellt worden, und wann kämen diese bei den Schulen an?

Könnten die Lehrkräfte die Impftermine selbst online buchen, oder würden sie informiert? Wann sei mit einem Abschluss der Impfungen der Kolleginnen und Kollegen an den Förderschulen zu rechnen, sodass als Nächstes die Grundschullehrerinnen und -lehrer Impftermine bekämen? Werde darüber nachgedacht, an großen Schulen mobile Impfteams einzusetzen?

Habe sie es den Veröffentlichungen von SenBildJugFam richtig entnommen, dass bei einem Inzidenzwert über 100 wieder zum Distanzunterricht zurückgekehrt werde?

Sie erkundige sich nach einer Positivliste, die den Schulen als Orientierungshilfe für die Kommunikation auf digitalen Wegen dienen könne.

Ihrer Fraktion sei mitgeteilt worden, dass beim Wechselunterricht mit wöchentlichem Wechsel im Vergleich zum Wechsel mit täglich drei Unterrichtsstunden eine Diskrepanz bei der Stundenzahl entstehe. – Treffe diese Aussage zu, und werde dies von SenBildJugFam überprüft?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) fasst zusammen, wie die Testungen an den Schulen funktionierten und was passiere, wenn ein Kind positiv getestet sei. Nach übereinstimmender Meinung der Mediziner im Hygienebeirat sollten sich die Kinder nicht in der Schule, sondern vor der Schule zu Hause testen. Damit werde verhindert, dass Infektionen in die Schule getragen würden. Um den Eltern leicht zugängliche Informationen an die Hand zu geben, würden Erläuterungsvideos und Gebrauchsanweisungen in verschiedenen Sprachen produziert. Die Öffentlichkeitsarbeit von SenBildJugFam erstelle hierzu ein großes Paket, das die Schulen zusammen mit den Tests erhielten.

Im Falle eines positiven Selbsttests sei man verpflichtet, zu einer PCR-Nachtestung zu gehen und ein dortiges positives Ergebnis der Schule mitzuteilen. Die Regelungen gölten gleichermaßen für die Beschäftigten wie für die Schülerinnen und Schüler. Sei der PCR-Test ebenfalls positiv, würden die Daten an die Gesundheitsämter übermittelt, die dann wiederum SenBildJugFam informierten. Aus der vergangenen Woche gebe es noch keine Meldung über einen positiven PCR-Test, obwohl bereits ungefähr 4 000 Lehrkräfte an den Schnelltests teilgenommen hätten. Das sei positiv zu bewerten.

Die Schnelltests stünden dem Personal und den Schülerinnen und Schülern zweimal pro Woche zur Verfügung. Dementsprechend seien die Bestellmengen geordert worden. Von der Firma nal von Minden seien bereits ca. 3 Millionen Tests ausgereicht worden; von der Firma Siemens würden am 8. März und am 10. März jeweils 253 000 Stück, am 17. März und am 24. März jeweils 506 000 Stück und am 31. März 480 000 Stück geliefert. Mit diesen Mengen sei für eine engmaschige Testmöglichkeit für die Lehrer- und Schülerschaft gesorgt.

Wie melde man sich zu einem Impftermin an? – Auf den Briefen, die die Lehrkräfte erhielten, befinde sich ein QR-Code, über den man auf das Portal eines zentralen Terminvergabeverfahrens gelange. – Mobile Impfteams für die Schulen seien nicht angedacht.

Die Anschaffung der Router zum digitalen Lernen sei ein Projekt, das SenBildJugFam gemeinsam mit mehreren Anbietern aus dem Boden gestampft habe. Nach Verhandlungen und dem Ausloten finanzieller Spielräume lägen nun Angebote über insgesamt 10 000 Geräte vor. Bis Freitag meldeten die Schulen ihren Bedarf. Sie hoffe, dass im Laufe der nächsten zwei Monate alle Schulen mit den Geräten ausgestattet seien. – Es gebe einen telefonischen Servicesupport der Anbieter, der genutzt werden könne.

An der Bundesagentur für Arbeit habe es ein sogenanntes Dienstreiseverbot gegeben, sodass die Berufsberater nicht persönlich im Einsatz gewesen seien. Noch immer würden nicht alle Berufsberater in ihrer ursprünglichen Funktion eingesetzt, sondern auch für die Bearbeitung von Kurzarbeitergeld. An den Schulen könne aber durch die Lehrkräfte, die zu den BSO-Teams gehörten, beraten werden. Die vorrangige Aufgabe der Teams bestehe derzeit darin, entweder persönliche Termine in den Jugendberufsagenturen zu vermitteln oder sich für digitale Telefontermine einzusetzen. Darüber hinaus seien die Schulen angehalten, unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen Beratungsräume zur Verfügung zu stellen.

Bei den Willkommensklassen hätten die Schulen die Möglichkeit besessen, diese nach pädagogischen Gesichtspunkten zu einem frühen Zeitpunkt zurückzuholen. Dies treffe auch auf die Klassen der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung – IBA – zu, die ebenfalls je nach Bedarf in Präsenz beschult werden könnten. – Ab dem 17. März solle es – vorbehaltlich des Infektionsgeschehens – zu einer vorsichtigen Öffnung der Berufsschulen im Wechselunterricht kommen.

Bezüglich der Frage, ob sich die Schulen weiteres Personal zur Unterstützung holen könnten, weise sie darauf hin, dass SenBildJugFam Stellen für pädagogische Assistentinnen und Assistenten ausgeschrieben habe. Es sei geplant, bis zu 700 Personen zu rekrutieren. Bis jetzt lägen rund 500 Bewerbungen vor. Ferner befänden sich 180 Medizinstudentinnen und -studenten im Bewerberverfahren. Beide Ressourcen seien zusätzlich zum Verstärkungspool zu sehen, den SenBildJugFam eingerichtet habe, um Ausfälle aufzufangen. Im Verstärkungspool, der ebenfalls im Einvernehmen mit den Schulaufsichten von den Schulen genutzt werden könne, befänden sich 130 Lehrkräfte.

Eine Whitelist hinsichtlich Bildungsmedien existiere bislang nicht. SenBildJugFam habe der Berliner Datenschutzbeauftragten am 4. Januar eine Auflistung der Systeme, die die Schulen verwendeten, zukommen lassen und um eine Aussage, inwiefern diese Systeme datenschutzkonform seien, gebeten. Eine Antwort auf diese Frage stehe noch aus. Im Übrigen sei es wünschenswert, bundesweit zu einem einheitlichen Verfahren zu gelangen. Die Datenschutzbeauftragte habe zugesagt, sich diesbezüglich mit ihren Kolleginnen und Kollegen abzustimmen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, dass das Land Berlin nach Einschätzung von SenFin nur dort Finanzmittel zur Verfügung stellen könne, wo Bereiche durch die Bundesregelung nicht abgedeckt seien. In Bezug auf die Familienhilfen bedeute dies, dass

Berlin die Bereiche oder Zielgruppen, die über die Bundesregelung der Kinderkrankentage nicht abgedeckt würden, unterstützen könne. Darüber werde heute auch der Senat beraten.

Im Dezember 2020 sei mit der Liga Berlin eine Vereinbarung geschlossen worden, wie Risikokinder betreut werden könnten. Das Konzept fuße auf zwei Bausteinen: erstens, wie der Ausfall von Risikopersonal kompensiert werden könne, und zweitens, wie kleine bzw. kleinste Betreuungssettings für Risikokinder in den Kitas geschaffen werden könnten. Dazu lägen zurzeit Anträge im zweistelligen Bereich vor, die weiter kommuniziert werden müssten. Auch wenn das Antragsformular zu Beginn des Jahres noch nicht vorgelegen habe, hätten dennoch Anträge gestellt werden können. Es sei kein leichtes Unterfangen, solche abgeschotteten Betreuungssettings zu gestalten und zu realisieren.

Das Online-Abfragetool zu den Schnelltests gehöre zu SenGPG. Es solle im März – vermutlich eher Ende des Monats – gestartet werden. Dieses Tool funktioniere wie ein Bestellsystem, mit dem die Schulen elektronisch ihren Bedarf an Schnelltests melden könnten. Dadurch werde der Bestellvorgang für die Schulen und die umliegenden Kitas deutlich vereinfacht.

Wenn die Impfkapazitäten wie geplant zur Verfügung stünden und keine Komplikationen einträten, gehe SenBildJugFam davon aus, dass es zwei Monate dauern werde, den Kitabereich durchzuimpfen. Das Codesystem werde das Impfverfahren vereinfachen. Die Codes, die an die Kitas verschickt würden, berechtigten die dortigen Personen zu einem Impftermin. Die personenbezogenen Daten seien dann bereits im System hinterlegt, wodurch die Wartezeiten im Impfzentrum deutlich reduziert würden.

Bis Ostern habe der Hauptausschuss die Beschaffung der Schnelltests freigegeben. Diese Tests seien – wie bereits erwähnt – bestellt und an Liefertermine geknüpft. SenBildJugFam sei dabei, für die kommende Hauptausschusssitzung eine Vorlage zu den Bestellmengen für den Zeitraum von Ostern bis zu den Sommerferien vorzubereiten.

Die Frage, in welchen Bereichen zukünftig medizinische Masken getragen werden müssten, werde heute im Senat besprochen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) weist ergänzend darauf hin, dass SenBildJugFam keine Informationen vorlägen, dass Gelder für das Mittagessen seitens SenFin von den Bezirken zurückgefordert worden seien.

Franziska Brychey (LINKE) [zugeschaltet] fragt, wann die Praktika für die Berufsorientierung wieder standfänden. – Welche Themen habe der Landesbeirat Digitalisierung besprochen? Wann sei der nächste Termin?

Stehe demnächst eine Novellierung der Schuldatenverordnung an? – Wie intensiv werde die Lernplattform „Its learning“ genutzt? Welche Kosten fielen für den Lernraum im Vergleich zu „Its learning“ an? – Gebe es einen neuen Sachstand bezüglich der dienstlichen E-Mail-adressen und Endgeräte für Lehrkräfte?

Seien für die Nutzung des mobilen Internets spezielle Voraussetzungen hinsichtlich der Gebäude notwendig? Sei das mobile Internet auch in Gebäuden, in denen der Ganzttag und die

Schulsozialarbeit stattfinden, geplant? – Welche datenschutzkonformen Streamingangebote könnten von Kindern im saLzH bzw. im Wechselunterricht genutzt werden?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, ob das gesamte Kitapersonal – inklusive Praktikanten, FSJler, Küchenhilfen usw. – in die Impfstrategie eingebunden sei.

Sie habe gehört, dass der Bund Fördermittel zum Aufholen von Lernlücken, die bei Kindern und Jugendlichen entstanden seien, zur Verfügung stellen wolle. – Habe SenBildJugFam dazu weitere Informationen? Wofür würde das Land Berlin diese Mittel einsetzen?

Regina Kittler (LINKE) erinnert an ihre Frage zu den verschiedenen Wechselunterrichtsmodellen. Sei es zutreffend, dass im Wochenwechsel ein Drittel weniger Unterrichtszeit als beim täglichen Wechsel zustande komme? Wie könnte das gegebenenfalls verändert werden?

Habe sie es richtig verstanden, dass die beruflichen Schulen – wenn die Infektionszahlen das ermöglichen – ab dem 17. März für alle Schülerinnen und Schüler geöffnet würden?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) stellt klar, dass trotz der Öffnungsszenarien ab dem 9. März weiterhin nur eine Notbetreuung angeboten werde. Es gebe aktuell keinen Ganztagsbetrieb und keine eFöB an den Berliner Schulen, da nur 50 Prozent des normalen Unterrichtspensums abgehalten würden.

In den Jahrgangsstufen 1 bis 6 fänden ab dem 9. März täglich mindestens drei Unterrichtsstunden in festen, halbierten Lerngruppen statt, deren Größe sich nach der Klassenstärke richte. Dies sei im Handlungsrahmen 2020/21 so festgeschrieben. Alternativ könnten die Schulen nach Absprache mit der Schulkonferenz das sogenannte Wechselmodell anbieten – Unterricht in festen, halbierten Lerngruppen, mindestens Abdeckung der Stundentafel innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Unterrichtswochen.

An den grundständigen Gymnasien werde in den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Präsenzunterricht nach dem Konzept der Schule im Alternativszenario – ebenfalls nach den Vorgaben des Handlungsrahmens und in Abstimmung mit der Schulaufsicht – in halben Lerngruppen durchgeführt.

Ab dem 17. März könnten Praktika wieder stattfinden, sofern dies schulorganisatorisch möglich sei. Zum gleichen Zeitpunkt öffneten die Bildungsgänge an den beruflichen Schulen im Wechselmodell.

Der Landesbeirat Digitalisierung habe unter der Leitung von Prof. Thomsen von der TU nach der ersten, konstituierenden Sitzung zum ersten Mal inhaltlich getagt. Es seien Fragen des Datenschutzes behandelt worden, und SenBildJugFam habe den ersten Entwurf der Digitalisierungsstrategie für die gesamte Bildungsverwaltung vorgestellt. Die Resonanz sei positiv gewesen. Sie bitte jedoch um Verständnis dafür, dass man sich noch in einem dynamischen Prozess befinde und sie noch keine genaueren Auskünfte über die Zielvorstellungen zu den acht Handlungsfeldern geben könne. – Dem Digitalisierungsbeirat sei die Entscheidung vorbehalten, ob er nach den Sitzungen öffentlich informieren oder einen Beschluss fassen wolle. Es handle sich um ein externes Expertengremium, zu dem auch die Datenschutzbeauftragte als assoziiertes Mitglied eingeladen worden sei. Auf der letzten Sitzung habe Jacob Chammon

vom Forum Bildung Digitalisierung e. V. vorgestellt, wie Dänemark die Digitalisierung des Schulwesens im Vergleich zu Deutschland umgesetzt habe. Gemeinsam sei entschieden worden, dass es Zwischenarbeitsgruppen geben solle, bevor der gesamte Rat wieder zusammenkomme.

Zu der Kostenstruktur von „Its learning“ sei zu sagen, dass die Menge der aufgewandten Mittel mit derjenigen für den Lernraum vergleichbar sei.

Christian Blume (SenBildJugFam) informiert über den Sachstand zu den mobilen Endgeräten für Lehrkräfte, der sich so gestalte, dass die informellen Gespräche mit den Beschäftigtenvertretungen weitgehend abgeschlossen seien. Sobald alle Gremien zugestimmt hätten, werde die Bestellung der Geräte ausgelöst.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) bestätigt, dass der Bund signalisiert habe, eine erhebliche Summe in die Unterstützung von Kindern, die durch die Pandemie Bildungsnachteile erlitten hätten, zu investieren. Berlin setze weiterhin auf das Programm der Lernbrücken. Bis zu den Osterferien habe der Hauptausschuss die Mittel dazu bewilligt. Bis Herbst würden weitere Mittel beim Hauptausschuss beantragt, um dieses Projekt vorerst mit Berliner Mitteln fortzuführen. Abhängig von den Förderrichtlinien des Bundesprogramms würden gegebenenfalls die Lernbrücken oder Projekte wie die Osterferien- und Sommerschulen mitfinanziert.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bejaht die Frage, ob das Wirtschaftspersonal, Zeitarbeitskräfte, Praktikanten in die Impfstrategie eingebunden seien.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass die Besprechung vertagt sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Fachkräftebedarf in den Sozial- und
Erzieherberufen: quantitative und qualitative
Herausforderungen für die öffentlichen beruflichen
Schulen**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0288](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0373](#)
Kitaentwicklungsplan des Landes Berlin 20/21 bis
25/26
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0376](#)
Drucksache 18/3089 BildJugFam
Kindertagesstättenentwicklungsplanung 2020/2021
bis 2025/2026
Drucksache 18/2400 (B.66)
— Schlussbericht —
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Roman Simon (CDU) schlägt eine Vertagung der Tagesordnungspunkte 3 b und 3 c vor. –
Der **Ausschuss** beschließt Vertagung.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0356](#)
Familienservicebüros – Konzepte und Erfahrungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0360](#)
Berliner Familienzentren, FamilienServiceBüros,
Eltern- und Familienberatung – Qualitätsstandards
und Sichtbarkeit
(auf Antrag der AfD-Fraktion) BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.11.2020

- c) Antrag der AfD-Fraktion [0402](#)
Drucksache 18/3309 BildJugFam
Qualitätsstandards und Sichtbarkeit der
Familienzentren in Berlin

Roman Simon (CDU) schlägt eine Vertagung des TOPs vor. – Der **Ausschuss** beschließt
entsprechend.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.